

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1206

Organ für das werktätige Volk

Verlagsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1206

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bruttosteuern mit der täglichen Unterhaltungsbeilage: Dresden, Willy, 1 Mark, Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Druckerei: Dresdner Druckerei Nr. 1206, Dresden
Verlagsredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1206

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Reklamereihe 25 Pf. bis 90 mm breite Reklamereihe 200 Pf. für anderthalb Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Pf. Rabatt für Briefmarkenbelegung 10 Pf.

Nr. 52

Dresden, Donnerstag den 1. März 1928

39. Jahrg.

Bauern und Arbeiter

Die Sozialdemokratie und die Agrarkrise

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:
Demonstration von zehntausenden Bauern im Lande. Heide Drohreden der Landbündlerführer. Deutschnationale Abgeordnete in der Masse des radikalen Bauernführers und Reformators Thomas Münzer. Eine Hege, der die moskowitischen Kommunisten voll Recht als unerreichbar im Ausmaß ansehen, tobt durch das Land. Gegen wen? Eigentlich sollte die Bewegung gegen den Bürgerblock gerichtet sein, denn der regiert ja das Reich, nicht die Sozialdemokratie, die in sechs Jahren nur zehn Wochen an der Verantwortung gewesen ist.

Ran stand am Mittwoch der Reichsernährungsminister zur Begründung seines Haushalts vor dem Reichstage. Man hätte eine große Bauernrede mit stürmischer Anteilnahme der Reichsparteien erwarten dürfen. Was geschah statt dessen? Reichsminister Schiele gab eine langweilige Vorlesung, eine verweirte Abschweifung bekannter Landbündlerreden, und von den 110 Deutschnationalen hielten ganze 88 es für nötig, ihm beinahe teilnahmslos zuzuhören. Hier im Reichstage, wo die wirtschaftspolitischen Entscheidungen fallen, war von der brandenden Empörung des Bauerntums keine Spur mehr vorhanden. Die Leidenschaft ist draußen in den Versammlungen verpufft, wo die verborgenen Ritterschicksale mit Zugzwang herbeigeleitet waren, um vor wirklich dardenden Kleinbauern zu reden. In der Ministerrede war nicht ein einziger neuer Gedanke. Immer nur das alte Lied: Rentabilität der Landwirtschaft durch Zollschutz und sonstige Preiserhöhungen, während es doch darauf ankommt, durch rationelle Betriebsführung die Produktion zu verbilligen und den Inlandmarkt der Verbraucher entnahmefähig für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu machen.

Für die Sozialdemokratie sprach einer ihrer besten Kenner landwirtschaftlicher, insbesondere Kleinbäuerlicher Verhältnisse, der Abgeordnete Tempel. Seine Rede war von Landbündlerführern, die ihr aufmerksam folgten, sehr unangenehm. Vergebens laurten sie auf die ebenso berufenen wie erlogene Bauernfeindschaft der Sozialdemokratie. Bauernnot ist Volknot, sagte Tempel, aber Not der Industriearbeiter ist auch Bauernnot, denn die Landwirtschaft braucht die Industriearbeiter als Käufer. Dann entwarf Tempel ein sozialdemokratisches Programm der Notlinderung für die Landwirtschaft: Steigerung der Produktion durch technische und geistige Rationalisierung, wofür wir größere Mittel zu bewilligen bereit sind, Siedlung auf freien des Landes der Großgrundbesitzer. Die Hohenollerren verfügten bis vor kurzem über 150 000 Hektar, jetzt noch immer über 70 000 Hektar. Billige Futtermittel durch Ausbeutung der Felle sind dafür nötig. Abbau des Viehhandels tut not. Unterbindung der Spekulation mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Dadurch würde das Einkommen der Bauern stabiler und besser. Durch die Futtermittelhilfe allein sind der Landwirtschaft hundert Millionen Mark im Jahre abgenommen worden. Die Grafen, die Barone, die Landbündlerführer schwiegen, als Tempel ihnen sagte, wenn wir an ihre steuerliche Überbelastung glauben sollten, müßten sie doch dafür sorgen, daß die sozialdemokratische Forderung auf Offenlegung der Steuerlisten verwirklicht würde. 60 Prozent der Rittergutsbesitzer im Kreise Brenzlau gahlen keine Einkommensteuer. Sie zahlen aus ihren Verlusten mit Verrechnung zur Gelten Woche nach Berlin. Während Tempel: Vor den Bauernständen brauchen wir nicht zu fürchten. Komme es so weit, so würden sich die Bauernstände nicht gegen die Fabriken und die Proletariat wenden gegen die Junker und ihre Schloßherren. Die ausgesprochene Rede schloß mit der Aufforderung an die Bauern, sich aus der falschen Front mit den rechten Feindern zurückzuziehen und ihre Hände in die der Arbeiter zu legen. Dann erst komme das neue Deutschland.

Der nächste Redner war der deutschnationale Abgeordnete Zandrey. Ah, was ist der Mann, der die dummen Bauern aufputscht, hier im Parlament gestützt und geschützt. Mit Herrn Minister Schiele war er voll zufrieden, obwohl der nichts von den Bauernforderungen erfüllt hat. Was wollen denn die deutschnationalen Bauern eigentlich? Nach den Erklärungen ihrer Abgeordneten hat ja die Reichsregierung alles weislich geordnet. — Die andern Redner waren belanglos.

Kommunistisch-deutschnationale Koalition. Im Landtag von Mecklenburg-Strelitz wurde am Mittwoch ein deutschnationaler Antrag angenommen, der den von dem sozialdemokratischen Landtagspräsidenten ernannten Ministern die Aufgabe obtrug, als Geschäftsminister zu fungieren. Kommunisten und Deutschnationale stimmten in diesem Sinne zu.

Der Adm. von Afghanistan, der heute Dresden besucht, hat für die Armen Berlins 1000 englische Pfund — das sind 20 000 Mark — gespendet. Er hat scheinbar das Bedürfnis, sich bei der Berliner Bevölkerung beliebt zu machen. Aber was belagert die Berliner Bevölkerung zu den Kosten von 300 000 Mark, die die Bürgerblockregierung bisher für den Kaufkraft des Afghanistan in der Reichshauptstadt verpulvert worden sind!

Die große Schiebung

Wie die Deutschnationalen die „Futterkrippe“ besetzen möchten

8. Berlin, 1. März. (Fig. Junf.) Der Bürgerblock plant noch kurz vor seinem endgültigen Ende eine große Schiebung. Man will möglichst noch viele Parteifreunde auf Kosten der Steuerzahler besetzen oder neu unterbringen. Der Vater dieser Idee ist vor allem die Deutschnationale Volkspartei, die von dem baldigen Ende ihrer Herrlichkeit selbst am festesten überzeugt ist. Vorher hat das Zentrum abgewinkt, sich den deutschnationalen Wünschen restlos gefügig zu zeigen, aber schließlich kennt auch die Deutschnationale Volkspartei ihre Rappenheime. Sie hat sich deshalb am Mittwoch an die Zentrumsfraktion gewandt und ihr für den Fall, daß zahlreiche schwarzweiße Parteigänger noch vor dem 20. Mai an die „Futterkrippe“ gelangen, ihre Zustimmung zu jeder Beförderung von Zentrumsanhängern in den vom Zentrumsmittler geleiteten Ministerien zugesagt.

Die Opposition wird hoffentlich einen Strich durch diese faubere Rechnung machen. Aber das Geschrei, wenn die Sozialdemokratie einmal ihre Macht zu so nackten parteigegensätzlichen Schiebungen ausgenutzt hätte! Die von der Rechten schimpfen gern über die Parteiwirtschaft in Deutsch-

land. Sie wissen warum, denn die ihre ist schamlos, zynisch und unerträglich — und wird nur noch von ihrer Scheuheit übertroffen!

Die dunklen Fonds der Reichswehr

8. Die für die Phöbus-A.-G. aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellten Summen sollen nach den letzten Meldungen sogar den Betrag von 20 Millionen Mark noch überreichen. Man spricht neuerdings von 25 bis 30 Millionen Mark.

Die Frage, woher dem Reichswehrministerium die Fonds zugeflossen sind, ist noch nicht vollständig geklärt. Die Reichliche Zeitung schreibt dazu: „In seiner Erklärung hat Minister Groener von Mitteln aus der Liquidation des Krieges gesprochen. In dem Bericht des Sparkommissars Seemisch ist von Mitteln aus dem Ruhrfonds die Rede. Jetzt ist weiter bekannt geworden, daß britische Einnahmen aus im Etat nicht verbuchten Verkäufen entnommen sind und daß diese Gelder aus Staatsmitteln entnommen sind und daß diese sind, die für andre Zwecke vielleicht in zu großem Umfang bewilligt worden waren.“

Im Haushaltsausfluß des Reichstags soll am Donnerstag der Phöbus- Skandal zur Erörterung gelangen. Anschließend wird der Abtritt der Seetransportabteilung im Haushalt der Reichsmarine zur Debatte stehen.

Abermals Riefenaussperrung?

Zum Konflikt in der Berliner Metallindustrie

P. Der Streit für die Berliner Werkzeugmacher war für die großen Berliner Metallfirmen Grund genug, um plötzlich Berlin mit der Drohung einer riesenhaften Metallarbeiterausperrung zu erschrecken. Kaum ist der Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie vorbei, da steht also schon wieder ein Großkonflikt in der Metallindustrie vor der Tür — diesmal in Berlin. Die Taktik der Metallindustriellen, bei jeder Gelegenheit schweres Geschütz aufzuführen und die Wirtschaft in Alarmzustand zu versetzen, wird allmählich ungemütlich. Gegenüber diesem Treiben muß einmal scharf Front gemacht werden; denn die Wirtschaft ist kein Zummelplatz für Diktaturgelüste, und die Drohungen sind sinnlos; sie mähigen die Frühjahrslohnbewegung bestimmt nicht. Im Gegenteil: wie es in den Wald schreit, so hallt es wieder heraus.

Die Differenzen der Metallindustriellen mit den Werkzeugmachern rechtfertigen in keiner Weise eine Riefenaussperrung.

Wenn, wie Siemens versichert, die Werkzeugmacher im Durchschnitt 1,29 Mark pro Stunde verdienen und auch Spitzenlöhne von 1,45 Mark nicht selten sind — dann muß sich die Öffentlichkeit unwillkürlich fragen: ist denn unter diesen Umständen eine Einigung so furchtbar schwer? Bekanntlich fordern ja die Werkzeugmacher einen Minimallohn von 1,10 bis 1,50 Mark. Die Berliner Öffentlichkeit, die, wie aus einer Reihe von Presseäußerungen hervorgeht, es bestimmt nicht verstehen würde, wenn es infolge Lohnhöhen der Werkzeugmacher zu einem Großkampf käme, rechnet bestimmt damit, daß die berufenen Stellen noch im Laufe dieser Woche in den Konflikt eingreifen. Zur Stunde besteht noch durchaus Hoffnung, daß die Ausperrung vermieden wird. Bezeichnend ist, daß die

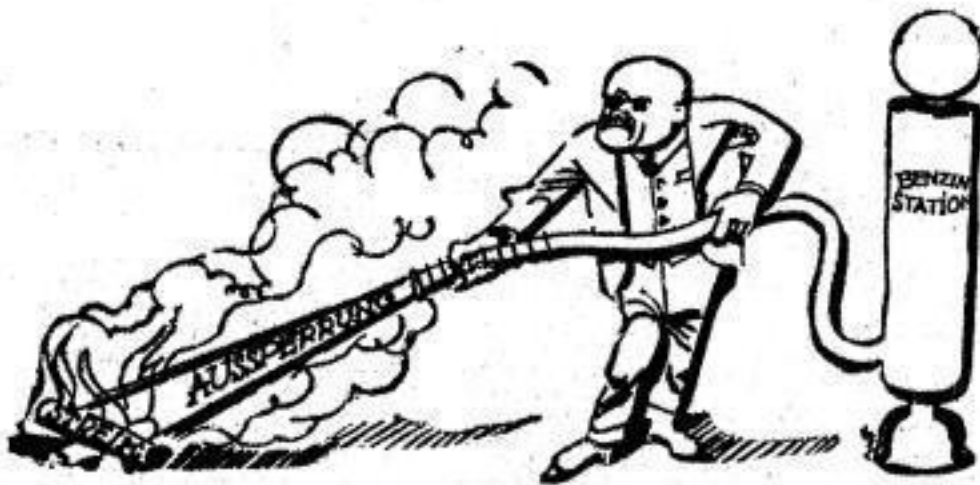
Metallindustriellen bereits einen Keinen Rückzug angetreten haben. So betont der Verband Berliner Metallindustriellen, daß er einen Aussperrungsbeschluss noch nicht gefaßt habe und erst in der nächsten Woche zu der Lage Stellung nehmen werde. Die Siemens-Firmen erklären, die Arbeitgeber hätten sich nur sehr schwer zu ihren Kampfmaßnahmen entschlossen. Sie hoffen auf eine verständige Politik der Gewerkschaften, so daß die Werkzeugmacher rechtzeitig in die Betriebe zurückkehren.

Die Aussperrung ist für Sonnabend praktisch angekündigt.

Die berufenen Berliner Schlichtungsstellen sollten daher noch vorher den Metallindustriellen Gelegenheit geben, ihre Friedensliebe zu bekunden. Wenn die Parteien keinen Weg zur Einigung fanden, dann besteht ja noch immer die Möglichkeit, daß die berufenen Schlichtungsstellen einen solchen Weg bahnen.

Berlin, 1. März. (Fig. Meldung.) Die Berliner Metallindustriellen sprechen in ihren Versuchen zur Rechtfertigung der Aussperrungsankündigung davon, daß ihnen der Kampf aufgezwungen worden sei. Die Berliner Metallindustriellen haben in Wirklichkeit seit Jahr und Tag jeden Abbruch eines neuen Lohnvertrages abgelehnt. Infolgedessen bemühte sich der Deutsche Metallarbeiterverband, wenigstens Gruppentarife zu schaffen. Im vergangenen Herbst kam es daher zur Fortbewegung; auch sie führte nicht zu einem Tarif, wenigstens aber zu einer Erhöhung der Löhne. Nach den Formeln kämpften sich die Werkzeugmacher um einen besseren Lohnvertrag. Die Verhandlungen hierüber brachten kein Resultat. Es wurde daraufhin der Schlichtungsausschuß angerufen. Der Deutsche Metallarbeiterverband beteiligte sich an den Verhandlungen, er war zu einer Verständigung bereit, aber auch jetzt

Die kapitalistische Volksgemeinschaft



Die Unternehmer: „Das Feuer muß unbedingt gelöscht werden!“